



Rat der
Europäischen Union

058266/EU XXVI.GP
Eingelangt am 15/03/19

Brüssel, den 19. Oktober 2018
(OR. en)

12939/18
PV CONS 49
ENV 649
CLIMA 178

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Umwelt)

9. Oktober 2018

INHALT

Seite

1. Annahme der Tagesordnung..... 4
2. Annahme der Liste der A-Punkte
 - a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten..... 4
 - b) Liste der Gesetzgebungsakte (Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)..... 5

Beratungen über Gesetzgebungsakte

3. Verordnung über CO₂-Normen für PKW und leichte Nutzfahrzeuge (Neufassung) 6

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

4. Schlussfolgerungen zu den Vorbereitungen für die Treffen der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (Katowice, Polen, 2.-14. Dezember 2018) 6
5. Schlussfolgerungen zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) (Scharm El-Scheich, Ägypten, 17.-29. November 2018): 6
 - a) Vorbereitung der 14. Tagung der Konferenz der CBD-Vertragsparteien (COP 14)
 - b) Vorbereitung der 9. Tagung der Konferenz der CBD-Vertragsparteien als Tagung der Vertragsparteien des Cartagena-Protokolls über die biologische Sicherheit (COP-MOP 9)
 - c) Vorbereitung der 3. Tagung der Konferenz der CBD-Vertragsparteien als Tagung der Vertragsparteien des Nagoya-ABS-Protokolls (COP-MOP 3)

Beratungen über Gesetzgebungsakte

6. Verordnung über CO₂-Normen für schwere Nutzfahrzeuge 7

Sonstiges

7.	a)	Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge 7 Richtlinie zu Einwegkunststoffartikeln	7
	b)	Berichte über die wichtigsten jüngsten internationalen Tagungen 7	7
		i) 67. Tagung der Internationalen Walfangkommission (IWC 67) (Florianopolis, Brasilien, 10.-14. September 2018)	
		ii) Hochrangiges politisches Forum für nachhaltige Entwicklung (New York, 9.-18. Juli 2018)	
	c)	Berliner Erklärung zu Nanomaterialien 7	7
	d)	Ergebnisse der hochrangigen Umweltkonferenz "Earth Innovation Forum" (Tallinn, 5. September 2018) und der zweiten gemeinsamen Vorbereitungssitzung der Büros der VN-Umweltversammlung und des Ausschusses der Ständigen Vertreter (Tallinn, 6./7. September 2018) 7	7
	e)	Annahme von Maßnahmen auf EU-Ebene zur Bekämpfung der Luftverschmutzung infolge der Einfuhr von Gebrauchtwagen 7	7
	f)	Programm "Saubere Luft" – für Gesundheits-, Klima- und Umweltschutz – zur Kofinanzierung neuer Wärmequellen und der thermischen Modernisierung von Ein- familienhäusern in Polen 7	7
		ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll..... 8	8

*

* *

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 12480/18 enthaltene Tagesordnung an.

Punkt 4 wurde in öffentlicher Sitzung erörtert.

2. Annahme der Liste der A-Punkte

a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten 12482/18

Der Rat nahm die in Dokument 12482/18 enthaltenen A-Punkte einschließlich von COR- und REV-Dokumenten an, die zur Annahme vorgelegt wurden. Die Erklärungen zu diesen Punkten sind im Addendum wiedergegeben.

In Bezug auf die folgenden Punkte müssen die Dokumentenangaben wie folgt lauten:

Telekommunikation

3. Schlussfolgerungen zu Öffentlich-privaten Partnerschaften in der EU (Sonderbericht Nr. 9/2018 des Rechnungshofs)
Annahme
vom AStV (1. Teil) am 26.9.2018 gebilligt
- 12169/2/18 REV 2
TELECOM

Delegierte Rechtsakte/Durchführungsrechtsakte

Binnenmarkt und Industrie

14. Verordnung (EU) .../... der Kommission vom XXX zur Änderung des Anhangs XVII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) in Bezug auf Bis(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP), Dibutylphthalat (DBP), Benzylbutylphthalat (BBP) und Diisobutylphthalat (DIBP)
Beschluss, den Erlass nicht abzulehnen
vom AStV (1. Teil) am 26.9.2018 gebilligt
- 12089/18 + **ADD 1**
11541/18 + ADD 1
COMPET
ENV

b) Liste der Gesetzgebungsakte (Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

12484/18

Landwirtschaft

- 1. Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 110/2008 hinsichtlich der Nennfüllmengen für Shochu**  12278/1/18 REV 1
Annahme des Gesetzgebungsakts PE-CONS 56/18
vom SAL am 1.10.2018 gebilligt + PE-CONS
56/1/18 REV 1 (de)
AGRI

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 114 AEUV).

- 2. Beschluss über die EU-Gleichstellung von Saatgut aus Brasilien und der Republik Moldau**  12470/18
Annahme des Gesetzgebungsakts PE-CONS 32/18
vom AStV (1. Teil) am 3.10.2018 gebilligt AGRILEG
SEMENCES

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 43 Absatz 2 AEUV).

Wirtschaft und Finanzen

- 3. Verordnung zur Anpassung der Finanzausstattung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP 2.0)**  12471/18 + ADD 1
Annahme des Gesetzgebungsakts PE-CONS 58/18
vom AStV (2. Teil) am 3.10.2018 gebilligt + PE-CONS
58/2/18 REV 2 (de)
ECOFIN

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 175 Absatz 3 und Artikel 197 Absatz 2 AEUV).

Die Erklärungen zu diesem Punkt sind in der Anlage wiedergegeben.

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

3. **Verordnung über CO₂-Normen für PKW und leichte Nutzfahrzeuge (Neufassung)**  12627/18
Allgemeine Ausrichtung 14217/17
+ ADD 1

14217/1/17 REV 1

+ ADD 1 REV 1

Der Rat legte eine allgemeine Ausrichtung fest. Der Text, wie er im Anschluss an die Beratungen im Rat vereinbart wurde, ist in Dokument 12903/18 zu finden.

Irland, Luxemburg, die Niederlande und Slowenien bekundeten ihre Absicht, dagegen zu stimmen. Bulgarien, Dänemark, Ungarn und Malta bekundeten ihre Absicht, sich der Stimme zu enthalten.

Irland, Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Slowenien und Schweden gaben eine gemeinsame Erklärung zu ihren Standpunkten ab (siehe Anlage).

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

4. **Schlussfolgerungen zu den Vorbereitungen für die Treffen der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**  12631/18
(Katowice, Polen, 2.-14. Dezember 2018)

Annahme

(Öffentliche Aussprache auf Vorschlag des Vorsitzes (Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates))

Der Rat nahm die in Dokument 12901/18 enthaltenen Schlussfolgerungen an.

Der Rat befassete sich mit dem nicht die Gesetzgebung betreffenden Punkt mit Aussprache (Punkt 5).

5. Schlussfolgerungen zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) 12808/18
(Scharm El-Scheich, Ägypten, 17.-29. November 2018):
- a) Vorbereitung der 14. Tagung der Konferenz der CBD-Vertragsparteien (COP 14)
 - b) Vorbereitung der 9. Tagung der Konferenz der CBD-Vertragsparteien als Tagung der Vertragsparteien des Cartagena-Protokolls über die biologische Sicherheit (COP-MOP 9)
 - c) Vorbereitung der 3. Tagung der Konferenz der CBD-Vertragsparteien als Tagung der Vertragsparteien des Nagoya-ABS-Protokolls (COP-MOP 3)
- Annahme*

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

6. **Verordnung über CO₂-Normen für schwere Nutzfahrzeuge**  12347/18
Orientierungsaussprache 8922/1/18 REV 1
+ ADD 1 REV 1

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über den Vorschlag der Kommission zur Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge auf der Grundlage der in Dokument 12347/18 enthaltenen Fragen.

Sonstiges

7. a) **Aktueller Gesetzgebungsvorschlag**
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

Richtlinie zu Einwegkunststoffartikeln
Informationen des Vorsitzes

 9465/18 + ADD 1

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zu dem vorstehend genannten Gesetzgebungsvorschlag, über den er in den nächsten Monaten weiter beraten wird, sowie die Ausführungen der Delegationen zur Kenntnis.

Der Rat befasste sich unter "Sonstiges" mit folgenden Punkten (7b-f):

- b) Berichte über die wichtigsten jüngsten internationalen Tagungen
- i) 67. Tagung der Internationalen Walfangkommission (IWC 67) (Florianopolis, Brasilien, 10.-14. September 2018)
 - ii) Hochrangiges politisches Forum für nachhaltige Entwicklung (New York, 9.-18. Juli 2018)

12765/18

12803/18

Informationen des Vorsitzes und der Kommission

- c) Berliner Erklärung zu Nanomaterialien
Informationen der deutschen Delegation, unterstützt von der französischen und der luxemburgischen Delegation

12487/1/18 REV 1

- d) Ergebnisse der hochrangigen Umweltkonferenz "Earth Innovation Forum" (Tallinn, 5. September 2018) und der zweiten gemeinsamen Vorbereitungssitzung der Büros der VN-Umweltversammlung und des Ausschusses der Ständigen Vertreter (Tallinn, 6./7. September 2018)
Informationen der estnischen Delegation 12699/18
- e) Annahme von Maßnahmen auf EU-Ebene zur Bekämpfung der Luftverschmutzung infolge der Einfuhr von Gebrauchtwagen
Informationen der bulgarischen, der polnischen und der slowakischen Delegation 12681/18
- f) Programm "Saubere Luft" – für Gesundheits-, Klima- und Umweltschutz – zur Kofinanzierung neuer Wärmequellen und der thermischen Modernisierung von Einfamilienhäusern in Polen
Informationen der polnischen Delegation 12682/18



Erste Lesung



Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags



Öffentliche Aussprache auf Vorschlag des Vorsitzes (Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden A-Punkten in Dokument 12484/18

Zu A-Punkt 3: **Verordnung zur Anpassung der Finanzausstattung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP 2.0)**
Annahme des Gesetzgebungsakts

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, DES RATES UND DER KOMMISSION

"Hinsichtlich der Finanzierung der Erhöhung der Finanzausstattung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen haben das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission unbeschadet der Befugnisse der Haushaltsbehörde Folgendes vereinbart:

1. 40 Millionen EUR werden über die Haushaltslinie des SRSP in Rubrik 1b (13.08.01) des MFR (Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt) durch Inanspruchnahme des Gesamtspielraums für Mittel für Verpflichtungen gemäß Artikel 14 der MFR-Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 im Rahmen des Haushaltsverfahrens nach Artikel 314 AEUV finanziert.
2. 40 Millionen EUR werden über die Haushaltslinie des SRSP in Rubrik 2 (13.08.02) des MFR (Nachhaltiges Wachstum: Natürliche Ressourcen) durch Umschichtungen, die nicht technische Hilfe oder Entwicklung des ländlichen Raums betreffen, innerhalb der Rubrik und ohne Inanspruchnahme von Spielräumen finanziert. Die genauen Quellen solcher Umschichtungen werden zu gegebener Zeit im Hinblick auf die Verhandlungen des Haushaltsverfahrens für den Haushaltsplan 2019 genauer präzisiert."

ERKLÄRUNG DER KOMMISSION

"Die Kommission wird ermitteln, welche Umschichtungen in Höhe von 40 Mio. EUR in der Rubrik 2 des MFR (Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen) vorgenommen werden sollten, und diese im Berichtigungsschreiben zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2019 vorschlagen.

Im Rahmen des Haushaltsverfahrens für 2020 gemäß Artikel 314 AEUV beabsichtigt die Kommission, im Einklang mit Artikel 14 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 (MFR-Verordnung) die Inanspruchnahme des Gesamtspielraums für Mittel für Verpflichtungen vorzuschlagen."

Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden B-Punkten in Dokument 12480/18

Zu B-Punkt 3: **Verordnung über CO₂-Normen für PKW und leichte Nutzfahrzeuge
(Neufassung)**
Allgemeine Ausrichtung

ERKLÄRUNG IRLANDS, DÄNEMARKS, LUXEMBURGS, DER NIEDERLANDE, SLOWENIENS UND SCHWEDENS

"Wir sind enttäuscht darüber, dass die Ergebnisse (allgemeine Ausrichtung), zu denen die Beratungen über den Vorschlag für CO₂-Normen für PKW und leichte Nutzfahrzeuge auf der heutigen Tagung des Rates (Umwelt) geführt haben, nicht dem Wunsch nach ehrgeizigeren Zielen Rechnung tragen, den so viele Minister auf unserer letzten Ratstagung und heute deutlich geäußert haben.

Es ist besonders enttäuschend, dass der Rat der Umweltministerinnen und -minister der EU angesichts des gestern vorgelegten Berichts des Weltklimarates der Vereinten Nationen (IPCC) nicht bereit war, den notwendigen Maßnahmen Vorrang einzuräumen, um die Emissionsreduzierungen zu erzielen, die erforderlich sind, um unsere Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris zu erfüllen und die langfristige Zukunft der europäischen Industrie zu sichern.

Die hier vereinbarten Reduktionsziele werden dazu führen, dass die verarbeitende Industrie der EU ins Hintertreffen gerät, gerade wenn die Industrie weltweit an der Schwelle zu einem grundlegenden Wandel steht. Der Übergang zu emissionsfreien und emissionsarmen Fahrzeugen in Europa ist bisher zu langsam vonstatten gegangen. Diese Verordnung sollte uns die Mittel und die Chance geben, diesbezüglich Abhilfe zu schaffen.

Wir hoffen, dass dieses eindeutig erklärte Ziel im Rahmen der Verhandlungen mit dem Parlament zu dem Vorschlag wieder in den Mittelpunkt gerückt wird."